

Peer Schmidt, Die Privatisierung des Besitzes der Toten Hand in Spanien. Die Säkularisation unter König Karl IV. in Andalusien (1798–1808), Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 356 S., kart., 96 DM.

Die Hamburger Dissertation greift ein Thema auf, dessen vielfältige Aspekte in den letzten Jahren intensiv untersucht worden sind: Es geht um die Desamortisationspolitik in Spanien, allerdings nicht um die viel bekanntere des 19. Jahrhunderts, sondern um die zur Zeit Karls IV. Der Schwerpunkt der Studie liegt auf den Besitzumschichtungen in der ökonomisch bedeutenden andalusischen Provinz »Reino de Sevilla« (das die heutigen Provinzen Sevilla, Cádiz und Huelva umfaßte). Der Autor geht den Fragen nach, zu welchen Bedingungen die veräußerten Güter ihre Besitzer wechselten, welche der kirchlichen Korporationen besonders von der Maßnahme betroffen wurden, wie die soziale Zusammensetzung der Käuferschichten aussah, welche Arten von Immobilien veräußert wurden, ob bei der Erörterung der Desamortisationsfolgen eine Beschränkung auf den Agrarbereich gerechtfertigt ist und ob die Säkularisation nur die bestehenden Verhältnisse stabilisierte. Die Arbeit reiht sich damit in den größeren Zusammenhang der Erforschung der Ursachen für die spanische »Rückständigkeit« im 19. Jahrhundert, der weitgehend ausgebliebenen Industrialisierung und Modernisierung ein. Die zentrale Quellenbasis der Studie bilden – bei einer insgesamt sehr schwierigen Quellenlage – die Notariatsurkunden, deren Ergebnisse in einem ausführlichen Anhang dargelegt werden.

Die Untersuchung weist drei Hauptkapitel auf: Im ersten werden die bourbonische Reformpolitik und die Entwicklung der Staatsfinanzen als nationaler Bedingungsrahmen aufgezeigt; im zweiten geht es um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie um die Bedeutung des Kirchenbesitzes im »Reino de Sevilla« in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts; im dritten wird die Besitzumschichtung, vor allem die Auflösung des Kirchenbesitzes im Untersuchungsgebiet, analysiert. 1798 begann die Veräußerung der Vermögen von Bruderschaften, Frommen Stiftungen und Hospitälern, von Hospizen, Armen- und Waisenhäusern. Die Einnahmen sollten vor allem die Staatskasse speisen. Im Jahr 1800 bereits erreichten die Verkäufe von Kirchengut einen ersten Höhepunkt, nach 1806 stiegen sie wieder an. Damals erreichten die Realeinkommen der Krone ihr Maximum. Städtische Liegenschaften trugen zu 61 % zu den durch Desamortisation in dieser Phase erzielten Staatseinnahmen bei.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Studie gehört außerdem die Erkenntnis, daß die Desamortisationspolitik unter Karl IV. dazu beitrug, die Eigentumsstruktur zugunsten des Klein- und Mittelbesitzes zu verändern, der damit eine klare Stärkung erfuhr. Außerdem war die Desamortisation keineswegs auf die Umverteilung (kleiner) Landgüter beschränkt, sondern sie war vor allem mit der Veräußerung von Hausbesitz verknüpft. Bereits mit der Desamortisation unter Karl IV. setzte die Formierung einer neuen Besitzerschicht bürgerlicher Herkunft ein; der Autor spricht der bourbonischen, fiskalpolitisch motivierten (Budgetdefizit, hohe Staatsverschuldung) Reformpolitik, die er als Modernisierungspolitik interpretiert, einen »revolutionären Zug« zu, wenn auch strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft nicht erfolgten und der Gegensatz zwischen Großgrundbesitzern und landlosen Agrararbeitern keine grundlegende Änderung erfuhr.

*Walther L. Bernecker, Nürnberg*

Adrian Shubert, A Social History of Modern Spain, Unwin Hyman, London etc. 1990, 292 S., hbd., 35 £.

Im Unterschied etwa zu der in Band 32 (1992) des Archivs besprochenen spanischen Sozialgeschichte von Walther Bernecker, die den sozialen Wandel vor allem entlang der politi-